

Begründung:

Die Landesregierung hat mit dem Papier zur Sozialen Wohnraumförderung 2018 die Grundlage für eine weitergehende Diskussion geschaffen. Neben der Tatsache, dass der sozialen Wohnraumförderung jährlich rund 300 Millionen Euro entzogen werden soll, stößt auch die geplante Neueinstufung des Mietniveaus und der Anpassung der Förderpauschalen vielerorts auf Unverständnis.

So sei unter anderem geplant, dass das Niveau der Förderpauschalen in den Gemeinden Neunkirchen-Seelscheid und Swisttal von M4 auf M3 gesenkt werden soll. Windeck und Ruppichterroth sollen weiterhin auf dem Niveau M2 verbleiben.

Die aktuelle Wohnungsnot im Rhein-Sieg-Kreis und die Mietpreisexplosion werden bei dieser Einstufung nicht hinreichend berücksichtigt. Vielmehr noch: Die Einstufung aus dem fernen Düsseldorf und die geplante Förderkulisse gehen völlig an der Realität vorbei und gefährdet das wirtschaftliche Handeln der Wohnungsbaugenossenschaften vor Ort.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert daher, dass die geplanten Änderungen durch die Landesregierung revidiert werden und die künftige Förderkulisse an die Realität angepasst wird. Der Landrat und die Mitglieder des Kreistags in entsprechender Funktion sollen sich dafür einsetzen, dass die Bedingungen vor Ort bei der Einstufung berücksichtigt werden und die soziale Wohnraumförderung künftig wieder eine gewichtigere Rolle bei der Verteilung der Finanzressourcen spielt und die Förderkulisse attraktiv ausgestaltet wird.